Die Haushaltsplaneinbringung für das Jahr 2016 war aus unserer Sicht schon ein Novum. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es jemals einen „politischen“ Haushaltsplanentwurf im Landkreis Esslingen gegeben hat. So haben Sie, sehr geehrter Herr Landrat Eininger, aus den Ihnen vorliegenden Unter-lagen abgeleitet, dass das Land die Kostenübernahme für die Flüchtlinge nur in marginalem Umfang übernimmt. Insoweit ist diesem Haushaltsplanentwurf alles dem Thema Flüchtlingsunterbringung untergeordnet – andere wichtige Projekte, wie der Neubau der Albert-Schäffler-Schule, Sporthallen oder die notwendigen Veränderungen im Landratsamtsgebäude, kommen in diesem Haushaltsplan überhaupt nicht vor. Trotzdem wurde die Kreisumlage entgegen der Finanzplanung nicht um einen Punkt gesenkt, sondern um 2,1 Punkte erhöht.

Mit diesen Vorgaben sind wir in die Haushaltsplanberatungen gegangen. Wir Freien Wähler, und das haben wir auch mehrfach öffentlich bekundet, glauben den Zusagen eines Ministerpräsidenten – und zwar unabhängig welcher Partei er angehört. Ministerpräsident Kretschmann hat mehrfach öffentlich erklärt, dass das Land die Unterbringungskosten für die Asylsuchenden voll-ständig übernimmt. Auf diese Zusage haben wir eigentlich von Anfang an vertraut. Da eine gewisse Restunsicherheit da war, haben wir in unserer Haushaltsklausur beschlossen, einen Antrag auf 33,5%-Punkte Hebesatz Kreisumlage zu stellen.

In der Zwischenzeit ist nun viel geschehen. Es hat eine Einigung gegeben zwischen der Landesregierung und der Kommunalen Seite, in der festgelegt worden ist, dass sowohl im Jahr 2015 wie auch im Jahr 2016 die Unterbringungskosten vom Land voll übernommen werden.

Wir wollen nun zuerst die konkreten Auswirkungen auf den Haushalt dargestellt bekommen. Dies muss dann in die Vorberatungen eingespeist werden, sodass wir dann erst in der abschließenden Kreistagssitzung konkret zur Höhe der Kreisumlage Stellung nehmen können.

Mit was wir nicht einverstanden sind, ist, dass jetzt das Geld vorsorglich eingesammelt wird, und dann für andere, nicht im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Projekte, verwendet wird. Zur Haushaltswahrheit und Klarheit gehört auch, dass wir Mittel im Haushalt konkreten Projekten zuordnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich schon noch darauf hinweisen, dass das Thema Flüchtlingsunterbringung spätestens in einem Jahr voll auf die Städte und Gemeinden durchschlagen wird. Das bedeutet, dass die Kommunen voraussichtlich im gleichen Umfang der „Unterbringungsverpflichtung“ für den Landkreis für sich selber Unterkünfte schaffen müssen. Die Finanzierung für die Städte und Gemeinden ist hier noch völlig unklar.

Die Bereitstellung von weiterem Wohnraum in diesem Umfang ist im Verdichtungsraum auch kaum darstellbar. Insoweit mutet es schon seltsam an, dass kritische Worte aus Reihen der Bürgermeister nicht erwünscht sind. In der Esslinger Zeitung vom 28. Oktober 2015 war zu lesen „Kretschmann bürstet Palmer ab“.

Nun - was hat Oberbürgermeister Palmer getan - er hat darauf hingewiesen, dass weitere Flüchtlingsströme in den Kommunen nicht mehr untergebracht werden können. Wir sehen das selbst im Kreis Esslingen, wo wir schon Not- und Sammelunterkünfte in den Sporthallen haben.

Nun sagt Kretschmann, Palmer soll sich nur zu Fragen äußern, für die er zuständig sei. Die Politik des Gehörtwerdens und des Mitnehmens interpretiere ich allerdings etwas anders. Manchmal wäre es schon angebracht, wenn sich die Regierenden mit denen unterhalten, die die jeweilige Politik vor Ort umsetzen müssen.

Aus der Ferne betrachtet kann man schon sagen, das schaffen wir - konkret, vor Ort sieht das manchmal etwas anders aus. Insoweit sollte man die Kritik Palmers ernst nehmen und alles dafür

tun, dass wir tatsächlich gemeinsam diese Krise bewältigen können. Ein Aufhetzen der Bevölkerung darf es auf keinen Fall geben, ein Schönreden der Probleme aber ebenso nicht.

Wir Freien Wähler wollen an dieser Stelle ein ganz besonderes Dankeschön an die Menschen aussprechen, die sich neben der bürokratischen Abwicklung der Asylsuchenden für ein menschenwürdiges Miteinander bemühen und einsetzen. In immer mehr Kommunen entstehen Arbeitskreise, die sich um die neu ankommenden Menschen kümmern und helfen, möglichst viele Barrieren abzubauen. Diese Ehrenamtlichen schaffen tatsächlich eine Willkommenskultur direkt vor Ort.

Allerdings sehen wir es nach wie vor sehr kritisch, wie das Land über die pauschalierte Abrechnung den Betreuungsschlüssel für die Asylsuchenden festlegt. Bezahlt wird lediglich ein Betreuungsschlüssel 1:140.

Dieser Schlüssel ist für eine professionelle Betreuung völlig unrealistisch.

Um eine möglichst reibungslose Betreuung gewährleisten zu können, sollte der Betreuungsschlüssel auf 1:75 oder besser noch auf 1:50 abgeändert wer-den. Hier appellieren wir an die Landesregierung, dass die dort propagierte Willkommenskultur sich auch in der Finanzierung der Betreuung widerspiegelt.

Finanzen

Zur allgemeinen finanziellen Situation können wir eigentlich feststellen, dass es dem Kreis im Moment zumindest nicht schlecht geht. Es bleiben aber im Bereich der Flüchtlinge noch zahlreiche andere Kosten beim Kreis direkt hängen, die im Moment nicht auf den Euro und Cent genau beziffert werden können.

Der größte Kostenblock ist mit 231 Millionen Euro nach wie vor der Sozialetat, der mit einer noch nie dagewesenen Ausgabensteigerung von über 13 % schwindelerregende Höhen erreicht. Wenn uns diese Sozialkosten schon in konjunkturell guten Zeiten an den Rand der Finanzierbarkeit bringen, wie sieht es dann bei der nächsten Rezession aus, wo mit weiteren Steigerungen zu rechnen ist? Da kann einem schon etwas mulmig werden.

Im VFA ist kürzlich angeklungen, dass bei der sozialen Sicherung die Rückerstattungen von Leistungen aufgrund personeller Engpässe nicht im erforderlichen Umfang eingefordert werden können. Wir beantragen hierzu einen Bericht im Sozialausschuss, ob mit mehr Personaleinsatz tatsächlich Ausgaben gesenkt und zuviel bezahlte Leistungen reduziert werden können.

Ansonsten stehen wir Freien Wähler zu den Finanzierungsleitlinien, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Wir sehen aber auch, dass im Haushaltsplanentwurf 2016 über die Finanzierungsleitlinien hinaus nochmal ein halber Punkt Kreisumlage für die Investitionen eingestellt ist. Dieser halbe Punkt sollte in den Vorberatungen dann aber eigentlich schon einem konkreten Projekt zugeordnet werden.

Zur Höhe der Verschuldung möchte ich nur anmerken, dass wir schon mehr-fach darauf hingewiesen haben, dass die absolute Schuldenhöhe in der Doppik keine Aussagekraft hat. Die wichtigen Kennzahlen sind vielmehr die Eigenkapitalquote und die Frage, ob die Abschreibungen erwirtschaftet werden können.

Wenn Sie die Verschuldung genauer anschauen, ist z. B. das PPP-Projekt des Landratsamtsneubaus mit über 20 Millionen Euro komplett in der Verschuldung enthalten. Hätten wir das Gebäude also nicht im PPP erstellt, sondern von einem Privatinvestor bauen lassen und das Gebäude angemietet, wären wir auf einen Schlag mit rund 20 Millionen Euro weniger Schulden unterwegs.

Weiter möchte ich erwähnen, dass wir einen ganz bewussten Schritt zur Entlastung unserer Kliniken unternommen haben, indem wir weitere 40 Millionen Euro der dortigen Schulden zusätzlich in den Kreishaushalt übernommen haben. Damit liegt die Schuldenübernahme für die Kreiskliniken bei 100 Millionen Euro. Hätten wir die Klinikschulden nicht in den Haushalt übernommen, hätten wir zwar weniger Schulden, müssten aber das entsprechende Defizit bei den Kreiskliniken über den Ergebnishaushalt ausgleichen. Sie sehen, die reine Schuldenhöhe ist nun wirklich nicht aussagekräftig.

Nur diese beiden Punkte könnten also den Landkreis auf einen Schlag um 120 Mio Euro Schulden entlasten – deshalb stünden wir aber keinen Deut besser da.

Kreisjugendring

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns im Moment umtreibt, ist die Situation des Kreisjugendrings. Der KJR übernimmt in vielfacher Weise wichtige Auf-gaben für den Landkreis und für die Kommunen. In seiner vernetzten Struktur macht er Jugendarbeit in unterschiedlichster Form, Schulsozialarbeit und Verbandsjugendarbeit auf hohem Niveau. Wir mussten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass ein solches Sozialunternehmen in der derzeitigen Vereinsstruktur nicht zu steuern ist. Insoweit halten wir es für richtig, dass Landkreis, Kommunen und KJR gemeinsam versuchen, eine zukunftsfähige Struktur aufzubauen.

Hierbei ist es uns wichtig, dass wir den KJR nicht zerschlagen. Insoweit muss die Geschäftsleitung und vor allen Dingen auch die Geschäftsstelle reorganisiert werden. Hierbei erscheint es uns schon auch notwendig, dass der kommunale Einfluss im KJR gestärkt wird. Insoweit regen wir an, nochmals darüber nachzudenken, ob ein Teil des Aufgabengebiets in eine gemeinnützige GmbH ausgelagert werden kann. Wir Freien Wähler sind für Veränderungen auf jeden Fall offen und gerne bereit, an einer konstruktiven Lösung aktiv mitzuwirken. Uns ist aber genauso daran gelegen, dass alle Beteiligten auch in Zukunft Partner bei der professionellen Jugendarbeit bleiben. Deshalb sollten wir uns auch die notwendige Zeit für eine gründliche Diskussion nehmen.

Soziales

Der Verein Rückenwind wurde kürzlich mit dem Inklusionspreis 2015 ausgezeichnet. Die Arbeit des Vereins ist unglaublich wichtig, als besondere Stütze für Familien mit mehrfach behinderten Kindern.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Diskussion im Juni 2014 im Sozialausschuss erinnern, wo es um die Kurzzeitunterbringung und Ferienbetreuung von Kindern mit wesentlicher Behinderung ging. Damals wurde festgelegt, dass innerhalb von 2 Jahren entsprechende Kurzzeitpflegeplätze im Landkreis geschaffen werden sollen.

Wir beantragen nun einen Bericht im Sozialausschuss, welche konkreten Schritte bislang unternommen worden sind und ab wann und wo nun die Plätze zur Verfügung stehen.

Kreisschulen

Das schulische Angebot im Landkreis Esslingen hat schon immer eine große Bedeutung gehabt. Auf der einen Seite ist das die Rohräckerschule, bei der wir jetzt im achten Bauabschnitt angekommen sind. Die Kostensteigerung in Höhe von 4 Millionen Euro (10 % des veranschlagten Budgets) drückt uns schwer. Natürlich kann man sagen, dass jeder Euro, der in die Rohräckerschule fließt, ein sinnvoller Euro ist, allerdings sind Mehrkosten in einer solchen Dimension schon mehr als ärgerlich.

Die Planungsrate für die Albert-Schäffle-Schule ist notwendig und sinnvoll. Allerdings haben wir derzeit eine solche Fülle von Investitionsaufgaben abzuarbeiten, dass wir es eher problematisch sehen, ob ein Neubau bis 2019 schon bezugsfertig sein kann. Insoweit sollte geprüft werden, ob ein

Weiterbetrieb des Bestandsgebäudes über 2019 hinaus noch möglich wäre. Das gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Turnhalle am Berufsschulzentrum Zell wohl nicht mehr benutzbar sein wird.

In Nürtingen müssen wir wohl auch noch eine Sporthalle bauen. Das geht sicher nicht alles gleichzeitig, da im Moment für keine dieser Maßnahmen Mittel im Haushaltsplan oder der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt sind.

Kreiskliniken

Unsere Kliniken waren in der Vergangenheit das Sorgenkind. Nun kann man feststellen, dass im Aufsichtsrat die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen worden sind, die Kliniken in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Dank zahlreicher guter Vorschläge aus der Geschäftsleitung sind wir mittlerweile im operativen Geschäft deutlich in den schwarzen Zahlen. Natürlich hat da die Schuldenübernahme durch den Kreis auch maßgeblich mitgeholfen.

Mit Sorge schauen wir jetzt aber auf die Entwicklung beim Klinikum in Esslingen. Im letzten Jahr hat das Kartellamt die Fusion der Kreiskliniken mit dem Klinikum in Esslingen verhindert. Damit hätte eine gesunde Struktur der Krankenhausversorgung im Landkreis Esslingen in kommunaler Trägerschaft geschaffen werden können. Dies ist politisch aber nicht gewollt. Die Politik stellt damit den Wettbewerb über die Versorgung der Patienten. Krankenhäuser sind aber nicht nur ein Geschäft, sondern dienen der Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger. Sollte tatsächlich ein privater Klinikbetreiber im Klinikum Esslingen einsteigen, würde das nicht spurlos an den Kreiskliniken vorbeigehen. Jedenfalls werden wir diese Situation im Auge behalten müssen.

ÖPNV

Gerade im Verdichtungsraum spielt die Attraktivität des ÖPNVs eine herausragende Rolle. Die täglichen Staus rund um Stuttgart zeigen aber auch, dass es weiterer Maßnahmen bedarf. Umso mehr freut es uns nun, dass vom Bund nun eine Fortsetzung des GVFG-Förderprogramms für Neubauprojekte zugesagt worden ist. Somit können wir davon ausgehen, dass die Finanzierung des 125 Millionen Euro teuren Verkehrsprojekts S2 von Bernhausen nach Neuhausen und U6 von Möhringen zur Messe wohl als gesichert angesehen werden kann und somit im Frühjahr 2017 einer Realisierung, zumindest hoffen wir das, nichts mehr im Wege stehen dürfte. Das ist eine gute Nachricht.

Weitere Infrastruktur

Zur guten Infrastruktur eines Landkreises gehört zwischenzeitlich aber auch die digitale Ausstattung. Deshalb unterstützen wir es ausdrücklich, dass sich der Landkreis an der Breitbandinitiative der Region Stuttgart beteiligt. Dies ist eigentlich eine unabdingbare Voraussetzung für zahlreiche Betriebe im Landkreis und zwischenzeitlich auch für viele private Haushalte. Die Aufarbeitung des Themas hat gezeigt, wie wichtig diese Zukunftsinvestition ist.

Mit Spannung erwarten wir auch die Radverkehrskonzeption, die kurz vor der Fertigstellung steht. Lobend erwähnen möchten wir dabei die umfangreiche Bürgerbeteiligung.

Das gemeinsam entwickelte Bauprogramm für unsere Kreisstraßen unterstützen wir ausdrücklich.

Abfallwirtschaftsbetrieb

Nach vielen Jahren wird nun die Gebühr für die Abfallbeseitigung leicht angehoben. Eine solch maßvolle Anhebung nach vielen Jahren Gebührensenkung ist verschmerzbar, steht uns doch mit der Abfallbeseitigung im Landkreis Esslingen ein zuverlässiges und bewährtes System zur Verfügung. Die

technologische Weiterentwicklung des Kompostwerks mit der Chance auf Biogaserzeugung steht am Beginn der Überlegungen. Insbesondere aus umweltpolitischer Sicht begrüßen wir diese Überlegungen mit dem Ziel einer besseren Verwertbarkeit und Erzeugung von regenerativen Energierohstoffen.

Lassen Sie mich am Ende noch eine Hoffnung ausdrücken:

Die Haushaltsplaneinbringung hat mit einem Paukenschlag durch den Landrat begonnen, hoffen wir nun, dass wir trotzdem ein normales Jahr 2016 vor uns haben.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei der Kreisverwaltung nicht nur für die Ausarbeitung des Haushaltsplanentwurfs bedanken, sondern für das unermüdliche Engagement, das gerade im Bereich der Flüchtlingsunterbringung derzeit erbracht wird. Immer wieder ist der Einsatz auf Abruf notwendig und wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises auch so durchgeführt, damit der Laden überhaupt am Laufen bleibt. Dafür ein ganz besonderes Dankeschön.

Wir haben ganz bewusst darauf verzichtet, weitere Anträge in diesem Jahr zu stellen, da wir in der Fraktion der Freien Wähler der Meinung sind, dass die Belastungsgrenze des Kreisverwaltung im Moment erreicht ist.